

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1995

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen
- Drucksachen 11/7500, 11/7970 -



Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Frauenpolitik

Beschlußempfehlung

Der Ausschuß empfiehlt, die sich aus dem Bericht ergebenden Anträge abzulehnen.

Bericht

Der Ausschuß für Frauenpolitik hat in seiner Sitzung am 25. November 1994 neben Änderungsanträgen zum Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann - auch Anträge zu Haushaltstiteln anderer Einzelpläne beraten, die einen unmittelbaren frauenpolitischen Bezug haben.

Die Anträge zum Einzelplan 14 mit den jeweiligen Begründungen und Abstimmungsergebnissen sind der beigefügten Anlage zu entnehmen.

Marie-Luise Morawietz
Vorsitzende

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Frauenpolitik

zum Einzelplan 14

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050, Einrichtung eines neuen Titels Sofortprogramm zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit und Wohnungsnotfällen</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels "Sofortprogramm zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit" mit einem Baransatz von 60.000.000 DM unter Aufteilung auf folgende Maßnahmen bei gegenseitiger Deckungsfähigkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sanierung von Schlicht- und Einfachwohnungen 20.000.000 DM - Grundförderung für kommunale Anmietprojekte 10.000.000 DM - Bau von Wohnungen für Obdach- lose nach dem 2-Stufen-Modell des Aussiedler/-innenprogramms unter bestimmten Rahmenbedingungen 20.000.000 DM - Anschubförderung für Träger sozialer Arbeit für die Schaffung von Wohnraum für ihre Klientel 5.000.000 DM - Kurzfristige Maßnahmen der Kommunen zur Verhinderung von Kältetoten 5.000.000 DM. <p>Begründung: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat bereits im September 1992 mit dem Antrag "Obdachlosigkeit in NRW bekämpfen" - Drs. 11/4292 - unter anderem spezielle ...</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 1		<p>wohnungspolitische Programme zur Beseitigung von Obdachlosigkeit gefordert. Unterstützung für unsere Vorschläge sehen wir in den konkreten Anforderungen von Seiten der Kommunen, z. B. aus der Stadt Bielefeld, von den Wohlfahrtsverbänden und den Leitern der Wohnungsämter in NRW. Das Thema wurde zwar von allen Fraktionen und der Landesregierung als relevant erkannt, bis heute fehlen jedoch Programme, die Abhilfe schaffen könnten.</p> <p>Im Rahmen der Haushaltsberatungen 1994 wurde ein entsprechender Antrag von uns mit dem Hinweis auf die noch andauernde Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe zu diesem Thema abgelehnt. Der Abschlußbericht liegt seit September 1993 vor, ohne Wirkung im Haushaltsentwurf für 1995 zu zeigen, obwohl die Obdachlosigkeit weiter im Vormarsch ist. Rund 60.000 Menschen sind in NRW offiziell obdachlos gemeldet. Der Anteil der Frauen, Kinder und Familien nimmt überdurchschnittlich zu. Es handelt sich nicht mehr vorwiegend um die Obdachlosigkeit alleinstehender Wohnungs- und Arbeitsloser. Hinzu kommt, daß die Verweildauer in psychiatrischen Kliniken, heilpädagogischen Heimen, Erziehungsheimen und Frauenhäusern viel länger ist, als sachlich notwendig. Das behindert die Selbständigkeit der Klient/-Innen unverantwortlich. Hinzu kommt auch, daß durch die Anhebung der Einkommensgrenzen im Sozialen Wohnungsbau die Konkurrenz unter den Sozialwohnungsberechtigten zunimmt, mit der Folge verschärfter Bedingungen für und einer Zunahme von Wohnungsnotfällen. Die Wohlfahrtsverbände sprechen von rund 60.000 Wohnungsnotfällen in NRW. Diese Situation macht ein Sofortprogramm notwendig.</p> <p>Um zu verhindern, daß im Zwei-Stufen-Modell Schlichtwohnungen alten Musters entstehen, die zu einer Stigmatisierung der Bewohner/-Innen und Segregation beitragen statt sie zu verhindern, sind bestimmte Rahmenbedingungen an die Mittelvergabe zu knüpfen, wie gute Einbindung in die Stadt/Gemeinde, gute Versorgung mit Infrastruktur, keine Massierung von Wohnungen, sozialpädagogische Betreuung, differenziertes Angebot an Gemeinschaftsräumen als Ausgleich für weniger Wohnfläche, Teilnahme der Stadt/Gemeinde am Fachstellenmodell. Die Kommunen bringen eigene Gelder in das Modell ein, die sie zur Zeit in die Unterbringung von Wohnungsnotfällen in Hotels, Containern etc. aufwenden.</p> <p>Das hier vorgeschlagene Sofortprogramm wird ergänzt durch Maßnahmen für Frauen und junge Erwachsene, da für diese jegliche Infrastruktur fehlt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. abwesend GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050 Förderung des Wohnungsbaus</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels "Wohnungspolitischer Interventionsfonds für Kommunen und Kommunalverbände" mit einem Baransatz von 235.000.000 DM.</p> <p>Begründung: Die gegenwärtige Wohnungsnot ist nicht allein durch den Neubau von Wohnungen zu lösen. In Köln wird z. B. zur Zeit jede neue für das Wohnungsamt verfügbare Wohnung durch den Wegfall von 3 alten Bindungen mehr als wettgemacht. Hinzu kommen müssen also Strategien zum Auffangen der Verluste im Bestand.</p> <p>Mit dem Interventionsfonds sollen die Kommunen und kommunalen Verbände in die finanzielle Lage versetzt werden, Bindungen und spekulationsbedrohte oder bisher von alliierten Streitkräften genutzte Wohnungen aufzukaufen und Vorkaufsrechte bei der Anwendung von Erhaltungs- und Milieuschutzsätzen anzuwenden. Investoren/innen, die nachweisen, daß sie 25 % ihrer Wohnungsbestände an Haushalte vergeben, die kaum Zugang zum Wohnungsmarkt haben wie Alleinerziehende, große Familien oder ausländische Mitbürger/innen, erhalten die Mittel vorrangig.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. abwesend GRÜNE ja</p>